

Im Rahmen einer Arbeitstagung erklären die anwesenden Arbeitnehmervertreter und -vertreterinnen der Vollversammlungen der sächsischen Handwerkskammern:

Die Politik muss jetzt handeln und die Zukunft sichern!

Unverzichtbar ist jetzt eine aktive Wirtschafts-, Industrie- und Sozialstaatspolitik, das heißt Investitionen und soziale Gerechtigkeit.

Deutschland befindet sich in einem fundamentalen Strukturwandel. Die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft muss gestaltet, die sozialen Sicherungssysteme gerecht finanziert und die Energie- und Klimawende gemeistert werden.

Handwerk und Industrie haben sich bei der Gestaltung der Transformation auf den Weg gemacht und investiert, insbesondere in den Hochlauf der Elektromobilität oder beim Aufbau einer Wasserstoffversorgung oder der Produktion von Wärmepumpen. Durch multiple Krisen gerät dieser Umbau ins Stocken und die Wirtschaft entwickelt sich nicht wie erforderlich.

Neben der Krise in der Automobilindustrie ist auch der Absatz im Heizungssektor dramatisch eingebrochen. Allein in der Heizungsindustrie arbeiten 90.000 Kolleginnen und Kollegen. Auch hier und in weiteren Branchen, wie beispielsweise der Bauwirtschaft, kämpfen die Kolleginnen und Kollegen gegen den Arbeitsplatzabbau. Durch die aktuelle Situation rechnet beispielsweise der Zentralverband des Deutschen Handwerks für 2024 mit dem Wegfall von 80.000 Arbeitsplätzen in den Handwerksberufen.

Industrie und Handwerk sind traditionell eng verflochten. Gerade deshalb muss eine zukunftsgerichtete Wirtschaftspolitik jetzt auch beides gemeinsam betrachten. Wichtig ist aber auch, dass die Beschäftigten der Branchen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Es braucht jetzt eine Investitionsoffensive. Der Weg zu einer klimaneutralen Wirtschaft muss durch verlässliche Rahmenbedingungen und Zukunftsinvestitionen von einem handlungsfähigen Staat aktiv gestaltet werden.

Daher brauchen wir einen gerecht und solidarisch finanzierten Sozialstaat und eine Wirtschaft, die ihrer ökologischen und sozialen Verantwortung nachkommt, die faire Arbeitsplätze sichert und schafft sowie mit Innovationen Zukunftsfelder besetzt und damit wettbewerbsfähig in Europa und der Welt ist.

Der Markt allein wird das nicht richten, im Gegenteil. Wir brauchen eine aktive Wirtschafts- und Industriepolitik, die Vertrauen und Sicherheit schafft, die Innovationen und Lösungen unterstützt, in die Infrastruktur investiert und die richtigen Weichen für die Zukunft unserer Industrie, aber auch des Handwerks stellt.

Unklarheit für die kommende Zeit können wir uns nicht leisten. Wir können es uns nicht leisten, dass weitere Investitionen vertagt werden, Beschäftigte nicht wissen, wie sich ihr Arbeitsplatz entwickelt und die Infrastruktur um uns zusammenfällt.

Was Wirtschaft und Gesellschaft jetzt dringlicher denn je brauchen, sind eine handlungsfähige Regierung, eine konstruktiv arbeitende Opposition und ein aktiver Staat, nach innen und nach außen, mit Fokus auf politisches Handeln, das die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Regierungshandeln heißt, Verantwortung zu übernehmen, auch in schwierigen Zeiten.

Es darf gerade jetzt keine politische Hängepartie geben, weder im Bund noch in Sachsen.

Deutschland ist ein starkes Land. Es kommt darauf an, diese Stärke jetzt auszuspielen!